

Spandauer Zeitung

Einzelnummer 10 Pfennig

Bezugspreis: Wöchentlich 40 Pf. und 6 Pfennig für Postlohn. Beim Bezug durch die Postämter für den Monat 2 Mark auschl. Postlohn. — Im Falle von Betriebsstörung, Streik oder Auslieferung durch die Postämter ist die Verantwortung der Redaktion nicht zu übernehmen. — Druck u. Verlag: Siedler & Co., Spandau. — Verantwortl. Schriftleiter: für Politik Dr. Bruno S. Kahn, Wilmersdorf, für Lokales und den übrigen Teil Georg Eichenbach, für Anzeigen Bruno S. Kahn, beide Spandau

General-Anzeiger für Spandau und Umgegend

Ämtliches Organ

mit rechtsverbindlicher Publikationskraft

für staatliche und kommunale Behörden



Erscheint täglich nachmittags

mit Ausnahme der Sonn- und gesetzlichen Feiertage. Geschäftsstelle Berlin-Spandau, Reindorfer Straße 101. Fernruf: Alle Anschläge unter Sammelnummer 4071.

Regelmäßige Beilagen:

Wöchentlich: „Spand. Kultur. Heimat“ — „Spand. Roman Zeitung“ — „Die Frau und ihre Welt“ — „Der Kleinrentner“ 14 täglich: „Techn. Rundschau“ „Rilm“ „Stein u. Verkehr“

Anzeigenpreise: Die zehnspaltige Kolonnenzeile oder deren Raum 25 Pf., die dreispaltige Zeile 1,20 RM. Die Beilagengebühr beträgt 20 Pf. für das Laufend, die Offertengebühr 30 Pf. — Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen oder Stellen wird keine Gebühr übernommen. — Bankkonten: Danneberg und Nationalbank, Expedition: Kaffe Spandau, Internationale Handelsbank Spandau, Spandauer Bank, c. O. m. b. H., Spandau. — Postfach 67, Berlin NW 7, Nr. 1707.

Nummer 33 *

Montag, 9. Februar 1931.

38. Jahrgang.

Der Plan des Grafen d'Ormesson.

Deutschland darf sich nicht beirren lassen.

Von F. L. Scholz-Giesede.

Graf Vladimir d'Ormesson, Franzose und doch einer der Männer, die verdienstvolle Aufklärungsarbeit über die wirkliche Lage Deutschlands nach dem Kriege geleistet haben und sich aufrichtig um einen deutsch-französischen Ausgleich bemühen, tritt in der zielbewußt geleiteten Wochenschrift „L'Europe Nouvelle“ das neue Europa, mit dem Plan einer deutsch-französischen Finanzsolidarität auf breiter internationaler Grundlage im Interesse der allgemeinen Befreiung hervor.

Schon der erste Blick auf den d'Ormessonplan erweist, daß der Graf nicht sein eigentlicher Urheber gewesen sein kann. d'Ormesson gehört zu den besten und geübtesten europäischen Stilisten mit einer Glut und Klarheit des Darstellungsvermögens, die auf Herz und Verstand schließen laßt. Gerade diese Eigenschaften vermissen wir an dem d'Ormessonplan, mit dem wir uns befreunden sollen. Entsetzt man ihn aller Ansehens, dann bleibt ein Nachsatz des geschätzten Teils der Youngplanzahlungen um die Hälfte durch den entsprechenden Nachlaß der amerikanischen Schuldensforderungen an seine ehemaligen Verbündeten und ein Nachlaß der ungeschützten Zahlungen ebenfalls um die Hälfte durch entsprechende Herabsetzung der französischen Plananteile, also im Ganzen eine Halbierung des Youngplanbeitrages. Aber nur für die Zahlungsjahre 1931/32 und 1932/33! Um die Amerikaner für das „Opfer“ des Schuldennachlasses an ihre Freunde gereizt zu machen, schlägt d'Ormesson gleichzeitig ein deutsch-französisches Abrechnungsabkommen mit sofortiger Wirksamkeit über die Senkung der Heeresausgaben um ein Haushaltsmittel vor, wobei er berechnet, daß Deutschland nur 58 Millionen Mark zu streichen brauche, während für Frankreich auf dem gleichen Weg die Ersparnis von mehr als einer Milliarde Franken herauskommen werde, ein Ergebnis, das übrigens noch um zwanzig v. H. über den von Frankreich beim d'Ormessonplan zu spendenden Nachlaß hinausgeht, also auf jeden Fall noch ein Geschäft für den französischen Steuerzahler bedeuten würde.

So der Plan! Werden wir uns zu den wichtigsten Einzelheiten. Die wichtigsten Folgen für Deutschland wären die Haushaltsentlastung um rund eine halbe Milliarde Mark jährlich für die nächsten beiden Jahre und die Verminderung des besonderen Reichsbahnbeitrages um 330 Millionen Mark für die gleiche Zeit. Diese letzte Summe könnte entweder durch Tarifsenkungen oder durch Arbeitsbeschaffung der Reichsbahn zur Vinderung unserer Exportsubventionen für die Durchführung werdender Anlagen benutzt werden. Ginge man diesen letzten und weitaus besseren Weg, dann könnten mit der Summe 650 000 bis 700 000 Arbeiter die beiden Jahre hindurch lohnend, teilweise mit Elektrizitätsarbeiten, beschäftigt werden. Die unmittelbaren Haushaltsersparnisse von rund einer halben Milliarde daneben ließen sich weniger leicht fruchtbar machen, es sei denn, daß sie zum Anlaß einer dazwischen — gewiß möglichen! — Senkung des Reichshaushalts um dieser Betrag genutzt würden. Das müßte dann bedeuten die Borteile der Vorschläge d'Ormessons, gegenüber der die Abrechnungsbedingung deutscherseits kein wesentliches Hindernis sein würde, während wir, was Frankreich betrifft, darüber bei der kommenden Beratung des französischen Militärhaushalts vermutlich manche Voranschläge zu hören bekommen.

Der Nachlaß des Grafen läuft jedoch auf ein ungeheures deutsches Opfer hinaus: Die zweijährige Vertagung aller der großen Tribut- und Schutzfranken, der außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Kräfte, die der Kern des deutschen Glanzes und des gegenwärtigen Weltalltags sind. d'Ormesson rühmt an seinem Plan, daß er durchführbar sei ohne Einleitung von Verhandlungen zur Änderung des Youngplans und des Londoner Zahlungsabkommens. Gerade auf diese Verhandlungen muß es Deutschland in seiner gegenwärtigen Lage sehr ankommen. d'Ormessons wohlgemeinter Plan ist keine Lösung, sondern ein Aufschub.

Mit einer zweijährigen Vertagung unserer Sorgen ist es jedoch nicht getan! Gewiß könnte man innerhalb dieser Zeit Verhandlungen einleiten. Deutschland müßte dabei aber von vornherein dem Terror mit dem Gehörten des ganzen Youngplans ausgeliefert sein. Unsere Unterhändler säßen mit gefesselten Händen am Verhandlungstisch unter dem Druck der Sorge: Wie vermeiden wir es, wieder mit dem ganzen Youngplan nach Hause geschickt zu werden, nachdem unser Land zwei Jahre hindurch im Genuß des halben gewesen ist? Nein, nein! d'Ormessons Vorschlag ist schlimmer als eine Ausflucht, er führt nur in eine noch gesteigerte Verwirrung.

Jede deutsche Regierung kann heute die Annahme des Youngplanamortisations mit bestem Gewissen verantworten. Der Plan sollte die aus dem Dawesplan erwartete

Reform der Geschäftsordnung im Reichstage.

Berlin, 9. Februar. Auf der Tagesordnung des Reichstages, dessen Sitzung heute um 15 Uhr beginnt, stehen zunächst die Anträge aller Parteien mit Ausnahme der Nationalsozialisten, Deutschenationalen und Kommunisten zur Reform der Geschäftsordnung und des Pressegesetzes. Die erste Unterschrift unter diesen Anträgen ist die des Zentrumsabgeordneten Dr. Bell. Dieser wird auch die Anträge begründen. Die Oppositionsparteien haben jedoch bereits die schärfste Obstruktion bei der Beratung der Anträge angekündigt. Die heutige Sitzung wird also sofort mit erregten Auseinandersetzungen über Tagesordnung und Geschäftsordnung beginnen. Die Mehrheit ist jedoch fest entschlossen, die Verschärfung der Geschäftsordnung in der heutigen Sitzung durchzuführen, da morgen bereits die außenpolitische Debatte im Reichstage beginnen soll. Man wird also mit einer stürmischen und langdauernden Sitzung rechnen müssen, zumal auch gleich die Folgerungen aus der verschärften Praxis gezogen werden sollen. Auf der Tagesordnung stehen nämlich weiter über hundert Entwürfe auf Aufhebung der Immunität der Abgeordneten, namentlich Nationalsozialisten und Kommu-

nisten, die vom Geschäftsordnungsausschuß bereits vorgeberaten sind, und ein gemeinsamer Antrag aller Parteien mit Ausnahme der Oppositionsparteien (Antrag Rauch), die vom Geschäftsordnungsausschuß noch nicht erledigten Anträge aus dem Ausschuß zurückzuführen und gleichfalls heute schon im Plenum mitzuerledigen.

Einigung über die Dsthilfe.

Wie WTB. erfährt, ist es nunmehr gelungen, eine Einigung in der Dsthilfefrage herbeizuführen. Das Ostkommissariat ist sich sowohl mit Preußen als auch mit der Industrie einig geworden, und zwar auf der Grundlage, daß das Zwischenergebnis anerkannt wird. Die Führung bei der Ausführung wird bei der Bank für Industrieobligationen liegen. Außerdem werden die Rentenbankkreditanstalten und die Breitenkasse einbezogen. Am Dienstag und Mittwoch soll in Chefbesprechungen der beteiligten Ressorts der Gehehenswurf erteilt werden, so daß sich dann am Donnerstag das Kabinett mit ihm befassen kann. In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß es nunmehr gelingt, das Dsthilfegesetz bis Ende der Woche zu erledigen, damit es dann sofort auf den parlamentarischen Weg gebracht werden kann.

Verfuchsballon oder Fantasie?

Wie Bilsudski sich die Dstregelung denkt.

Berlin, 9. Februar. Man hat sich oft den Kopf darüber zerbrochen, welchen stillen Zorn Marschall Bilsudski, der heute in Madeira den Frühling genießt, mit seinen Staatsvisiten bei den westeuropäischen Großmächten verfolgt. Am natürlichsten erschien die Erklärung, daß der Veranlasser der antideutschen Woche, der vom unerlösten Polen in deutscher Sprache spricht, versuchen wollte, die Wirkung der von Deutschland eingeleiteten Weltberichterstattung über die Unhaltbarkeit der deutschen Ostgrenze aufzulösen und sich in Paris versichern zu lassen, daß es für Frankreich keine Dstfrage gibt, die nicht durch den Friedensvertrag von Versailles gelöst worden wäre.

Um so größere Ueberraschung müssen die Informationen eines Berliner Montagblattes erwecken, wonach der ungetrübte König von Polen gern ein Stück von seinen Westgrenzen ablassen lassen würde, wenn er dafür eine entsprechend größere Sicherheit gegen seinen russischen Nachbarn gewänne. Ja, nicht nur das, er soll sogar schon gewisse Schritte in Deutschland haben ausstrecken lassen.

Es kann dahingestellt bleiben, ob es sich dabei um mehr als einen Verfuchsballon handelt oder um weniger. Das erwähnte Blatt berichtet, daß Bilsudski in Paris darauf hingewiesen habe, daß die militärischen Rüstungen Polens an seiner Ostgrenze viel eifriger betrieben würden als an seiner Westgrenze. Die Leistungswerte würden dort erneuert, neue Geschützbestände würden aus Frankreich geliefert, die Infanterie würde neu und einheitlich gestaltet, und neue Stahlhelme sollen aus einer deutschen Fabrik im Rheinland bezogen worden sein.

Bilsudski richte angeblich seine Sorgen nun darauf, im Falle eines russischen Konfliktes seine Verteidigungsfront nach Litauen und nach Ungarn hin zu verlängern und sich gegen einen deutschen Rückzug oder Planenstoß zu sichern. Er wünsche sich für einen solchen Fall der unbedingten und womöglich wohlwollenden Neutralität Deutschlands zu versichern.

Seine Verhandlungen in Paris hätten sich vor allem darauf bezogen, entsprechende Vorschläge an Deutschland heranzubringen. Deutschland solle Kriegsmaterialtransporte für Polen auf deutschen Bahnen durchlassen, allenfalls solle die deutsche Industrie an den Materiallieferungen beteiligt werden, wenn sie sich an der Finanzierung der polnischen Rüstungslast durch Kredite oder Anleihen beteiligen könne. Für die Zusage einer solchen Neutralität wolle Bilsudski bestimmte Grenzrevisionen im Korridor und an der oberschlesischen Grenze vornehmen. Bilsudski soll sich für diesen Vorschlag die Unterstützung der französischen und englischen Diplomatie gesichert haben, da man heute nicht nur in London, sondern auch schon in Paris überzeugt sei, daß erst die Bereinigung der Korridorfrage den Frieden in Ostropa sicherstellen könne.

Das Blatt behauptet weiter, daß Bilsudski schon früher nach Deutschland ausgereist habe. Ein litauischer Industrieller und eine litauische Dame mit Beziehungen zur deutschen Schwerindustrie sollen diese erste Fühlungsnahme vermittelt haben, und neuerdings soll Bilsudski sogar schon mit einem deutschen militärischen Agenten eine erste Aussprache zur Information der deutschen militärischen Stellen gehabt haben. In englischen diplomatischen Kreisen würden diese überraschenden Behauptungen erstaunlich positiv gewertet; man behauptet sogar, daß Bilsudski sehr bald schon seinen Vertrauensleuten im Esim diese Neuorientierung der polnischen Außenpolitik unterbreiten werde.

Katastrophe auffangen. Vielleicht wäre das durch einen Youngplan auf der Grundlage des Plans d'Ormessons möglich gewesen, der ungefähr dem ersten äußersten Angebot Schachts entsprach. Heute weiß die Welt längst, daß auch der Youngplan aus Deutschland in naher Zukunft einen Scherbenhaufen machen muß.

Fünf Millionen Arbeitslose auf der einen, Steigerung der Kaufkraft des Goldes und damit eine tatsächliche Erhöhung der Tributleistung, die selbst die Väter des Youngplans nicht gewollt haben, auf der anderen Seite sind stärkste Tatfachen, die Deutschland unter Wagnahme seiner Rechte aus dem Youngplan schon heute befähigen, die zweijährige Verhandlungsfrist unter besseren Bedingungen als nach dem Vorschlag d'Ormessons zu gewinnen. Jetzt gilt es, ganze Arbeit zu machen! Jetzt ist die Zeit da, in der wir gesicherte Lebensgrundlagen zurückhalten müssen. Locarno, Dawesplan, Youngplan, Rheinlandräumung waren unvermeidliche erste unsichere Schritte auf dem Freiheitswege. Wir und die Welt brauchen endlich den wirklichen Frieden. Den aber gibt es nur auf der Grundlage der vollkommenen Gleichberechtigung Deutschlands im Völkerverleben.

Den Sohn erschossen.

Kaiserlautern, 9. Februar. Der Rechtskonsulent Burkheiser gab gestern nach einem heftigen Streit mit seiner Frau, bei dem es zu Tätlichkeiten kam, auf seinen aus erster Ehe stammenden 20 Jahre alten Sohn Karl, der seiner Stiefmutter zu Hilfe eilen wollte, aus einem französischen Militärgewehre einen Schuß ab, der den jungen Mann so schwer verletzte, daß er nach wenigen Stunden im Städtischen Krankenhaus starb.

Auf einer Eisscholle abgetrieben.

— Funkenbruch der „Sp 319“

Bassano, 8. Februar. Etwa 35 Fischer, die auf dem Eise des Erie-Sees ihrem Berufe nachgingen, wurden infolge eines sich plötzlich erhebenden heftigen Sturmes auf einer Eisscholle einige Kilometer vom Ufer abgetrieben. Nachdem sie mehrere Stunden in dem eifigen Sturm, der eine Stundengefahrweite von etwa 80 Kilometer hatte, überlebt hatten, gelang es, 20 Fischer zu retten. Etwa 15 werden noch vermisst. Man befürchtet, daß sie ertrunken sind.

Neue Erdstöße auf Neuseeland.

— Funkenbruch der „Sp 319“

Wellington, 9. Februar. Weitere Erdstöße, von denen einzelne so heftig waren wie am letzten Donnerstag, werden aus der Gegend von Watroa gemeldet. Auch in Napier sind wieder heftige Erdstöße verspürt worden, der neu angerichtete Schaden beschränkt sich aber auf weitere Einstürze in den bereits zerstörten Bauwerken.

80 Personen bei einer Explosion verletzt.

Los Angeles, 9. Februar. Hier ereignete sich eine heftige Explosion, die auf Ausschluß zurückzuführen sein dürfte und die so heftig war, daß sie eine Autodrochse zerstörte. Das Auto wurde in eine Menschenmenge geschleudert, die vor einem Schauspieltheater wartete. Etwa 80 Personen wurden verletzt. Unter den Besuchern des Kinos entstand eine Panik. Dem gegenwärtigen Einreisenden eines Schauspielers gelang es, größeres Unheil zu verhüten.